

Pflege macht nicht Schule

17.07.2012 00:00 Uhr von **Rainer Woratschka**

Bund und Länder schieben sich Kosten zu.

Berlin - Die Bundesagentur für Arbeit hat den Bundesländern Untätigkeit im Kampf gegen den Mangel an Pflegekräften vorgeworfen. Es sei „nicht zu verstehen, dass die Länder, die doch ein vitales Interesse an genügend qualifizierten Altenpflegekräften haben müssten, sich seit Jahren nicht bewegen“, sagte Vorstandsmitglied Raimund Becker der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Konkret geht es dabei um fehlendes finanzielles Engagement bei der Umschulung von Arbeitslosen zu Pflegekräften.

In der Branche sind sie über die Kritik aus Nürnberg allerdings etwas irritiert. Schließlich, so erinnert der Präsident des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste (bpa), Bernd Meurer, stehe bei der Umschulung auch die Bundesagentur in der Verantwortung.

„Was wir nicht brauchen, sind Schuldzuweisungen und Kompetenzstreitereien“, sagte Meurer dem Tagesspiegel.

Kritik übte Becker vor allem daran, dass die Länder an ihren Altenpflegeschulen zu wenig Plätze für Umsteiger und Quereinsteiger anbieten und diesen bei der Ausbildungszeit ihre bisherige Berufserfahrung nicht anrechnen. Dabei gehörten Pfleger inzwischen zu den gesuchtesten Fachkräften in Deutschland, der Mangel sei längst „flächendeckend“. Derzeit dauert es nach den Erfahrungen der Arbeitsagentur im Bundesdurchschnitt 115 Tage, um eine offene Stelle mit einem Altenpfleger zu besetzen. Damit liege die Pflegebranche um mehr als 40 Prozent über der durchschnittlichen Besetzungszeit in allen anderen Berufen. Und mit dem demografischen Wandel werde sich die Situation noch weiter verschärfen, prophezeien die Arbeitsmarktexperten.

Die aktuellen Zahlen der Bundesagentur belegen die Misere. Demnach waren im Juni 2012 nur noch 3088 Altenpfleger als arbeitslos gemeldet – ein Rückgang um acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig stieg die Zahl der gemeldeten Stellen für Altenpfleger um rund fünf Prozent auf 10 106 an. In einigen Bundesländern kämen auf einen arbeitslosen Altenpfleger mehr als vier offene Stellen, sagt Meurer. Mittlerweile seien „weit mehr als 30 000 Stellen unbesetzt“.

Obwohl sich aktuell rund 52 000 Menschen in einer Altenpflegeausbildung befinden, wächst nach den Worten des Verbandspräsidenten der Handlungsdruck. Schon im Herbst vergangenen Jahres hätten sich deshalb vier Bundesministerien mit allen Beteiligten auf eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive verständigt, sagte Meurer. „Mit großer Verwunderung nehmen wir zur Kenntnis, dass diese Offensive für die Altenpflege immer noch nicht verkündet wurde.“ Die Finanzierung des dritten Umschulungsjahres etwa, über die sich die Arbeitsagentur nun mit den Ländern streitet, sei darin vereinbart. Das Schulgeld für Altenpflegeschüler, das von einigen Bundesländern immer noch verlangt werde, müsse der Vergangenheit angehören.

Als Musterland tut sich diesbezüglich Hessen hervor. Dort zahlen Altenpflegeschüler weder Schulgeld noch sind ihre Ausbildungsplätze gedeckelt. Sie wurden wegen des Bedarfs deutlich aufgestockt. In Schleswig-Holstein dagegen gibt es wie in Bremen nur eine fest begrenzte Zahl von Altenpflegeschoolplätzen, außerdem muss sich ein Teil der Schüler dort an den Ausbildungskosten beteiligen. Die Berliner mussten in den vergangenen Jahren übrigens nicht viel tun. Sie profitierten von einem Überhang an ausgebildeten Pflegefachkräften aus den neuen Bundesländern. *Rainer Woratschka*